



BÜNDNIS DER BÜRGERINITIATIVEN

KEIN FLUGHAFENAUSBAU - FÜR EIN NACHTFLUGVERBOT



Über 80 Initiativen im Rhein-Main-Gebiet

Pressemitteilung

„NORAH darf kein Alibi für Tatenlosigkeit sein“

Bündnis der Bürgerinitiativen fordert Politik zu Sofortmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm auf

Frankfurt am Main, 4. Juli 2013. „Die hessische Landesregierung leugnet die real existierende Gesundheitsgefährdung und nutzt die NORAH-Studie als Alibi, um auf Zeit zu spielen“, so das Fazit von Ingrid Kopp nach der gestrigen Veranstaltung des Umwelt- und Nachbarschaftshauses zum Zwischenstand der Lärmwirkungsstudie in Raunheim. Bei den Berichten der beteiligten Wissenschaftler vom gestrigen Abend wurde eines deutlich, sagt die Sprecherin: „Fluglärm macht krank – auch wenn die Detailfragen nach der genauen Abhängigkeit zwischen Dosis und Höhe der Beeinträchtigung noch nicht geklärt sind.“ Aber dass der Fluglärm eine negative Auswirkung auf Erwachsene und vor allem Kinder habe, sei unstrittig. „Und diesem Problem muss sich die Landesregierung hier und heute stellen und nicht erst wenn das letzte Messergebnis feststeht“, fordert Kopp.

Dirk Schreckenberger, Psychologe und Ko-Leiter der NORAH-Studie, erklärte am Ende der Veranstaltung, es werde ihm zunehmend mulmiger, wenn er merke, dass man in Hessen vorschiebt, auf die Ergebnisse der Studie warten zu müssen, um dann daraus ein Schutzkonzept ableiten zu können. Ursprünglich, so Schreckenberger gestern gegenüber Bürgern im Raunheimer Rathaus, sollte die NORAH-Studie die neue Verlärmungssituation nach der Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest und das damit einhergehende und durch den entsprechenden Planfeststellungsbeschluss genehmigte Lärmschutzkonzept monitoren, um bei Bedarf nachsteuern zu können. Hierzu sagte Kopp: „Deutlicher kann man die Politik nicht dazu auffordern, Verantwortung zu übernehmen und nicht die Wissenschaft als Prellbock zu missbrauchen.“

Die Ziele des Bündnisses der Bürgerinitiativen:

- *Verhinderung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens und anderer Flughäfen in der Region*
- *Schaffung von nächtlicher Ruhe durch ein absolutes Nachtflugverbot von 22 - 6 Uhr*
- *Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung für die Bürgerinnen und Bürger*
- *Verursachergerechte Zuordnung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie; Stopp der Subventionen*
- *Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000/Jahr und der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet*
- *Stilllegung der Landebahn Nordwest*

Für Rückfragen:

Ingrid Kopp

Sprecherin des Bündnisses der Bürgerinitiativen

0611-721600